

Gesellschaft: Föderalabgeordnete befragte Innenministerin Verlinden – Föderalpolizei arbeitet an Geschlechtertrennung bei Opferangaben
Häusliche Gewalt: Jadin befürchtet mehr Fälle wegen Corona

Die häusliche Gewalt ist in den Augen der ostbelgischen Kamerabgeordneten Katrin Jadin (PFF-MR) immer noch ein Problem, das man „nur allzu schwer“ in den Griff zu bekommen scheint.

„Die jüngst veröffentlichten Zahlen der nationalen Datenbank lassen keinen Auf- oder Abwärtstrend feststellen. Schlimmer noch, die Zahl der versuchten Totschläge war im vergangenen Jahr deutlich höher als in den Jahren zuvor“, berichtet Katrin Jadin. 88 Fälle seien letztes Jahr registriert worden, dabei handelte es sich um 78 Versuche und um zehn Vollstreckungen. Die Anzahl jährlich gemeldeter Fälle der häuslichen Gewalt lägen seit einigen Jahren bei rund

38.000. Katrin Jadin befürchtet, dass die Versuche im laufenden Jahr wegen der Coronakrise noch zugenommen haben könnten: „Aufgrund der Tatsache, dass die Familien wegen der Freiheitseinschränkungen viel Zeit in den eigenen vier Wänden verbringen mussten, ist davon auszugehen, dass die physischen Auseinandersetzungen auch zugenommen haben.“

In einer schriftlichen Frage richtete sich Jadin an Innenministerin Annliese Verlinden (CD&V). Diese verwies in ihrer Antwort den Angaben zufolge auf das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention),

das von Belgien am 14. März 2016 unterzeichnet worden sei. Darin verpflichte sich unter Land, effektiv gegen diese Gewalt in all ihren Formen vorzugehen.

Die Expertengruppe für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Grevio) habe im September 2020 einen ersten Bericht über die belgische Politik veröffentlicht und sei zu der Erkenntnis gekommen, dass geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in der Politik unseres Landes „verhältnismäßig wenig sichtbar“ sei. Aufgrund der „geschlechtsneutralen Politik“ sei es zudem in den Statistiken derzeit „nicht möglich“, einen Geschlechtsunterschied bei den Gewaltop-



Die Fälle von häuslicher Gewalt könnten wegen der Coronakrise deutlich zunehmen. Illustrationsfoto: dpa

fern zu machen, hieß es. Laut Verlinden arbeitet die föderale Polizei daran, künftig spezifischere Angaben zum Geschlecht der Opfer machen zu

können. Zudem habe die Generaldirektion „Sicherheit und Vorbeugung“ eine Studie der Universität Löwen (KUL) zu den Ursachen, die einem Täter

zur häuslichen Gewalt verleiten, finanziert.

Diese Untersuchung diene als Grundlage für neue politische Empfehlungen an das Parlament. Außerdem habe die Generaldirektion im Rahmen des strategischen Sicherheits- und Präventionsplans Subsidien an insgesamt 109 Gemeinden vergeben, um Vorbeugungsprojekte zu initiieren. Rund 30 Kommunen hätten aus dem Kampf gegen häusliche Gewalt eine Priorität gemacht und entsprechende Präventionsprojekte entwickelt. (red/sc)



Grenz Echo 14/12/2020, bladzijden 4 & 5

All rights reserved. Gebruik and reproductie enkel mits toelating van de uitgever via Grenz Echo

